

Stettiner Zeitung.

Morgen-Ausgabe.

Mittwoch, 14. Oktober 1896.

Annahme von Anzeigen Kohlmarkt 10 und Kirchplatz 3.

Vertretung in Deutschland: In allen größeren
Deutschlands: R. Mosse, Haagenstein & Vogler, G. L. Zander,
Invalidentank. Berlin. Bernh. Arndt, Max. Gersmann,
Görlitz. W. Thienens. Greifswald G. Altes. Halle a. S.
Jul. Bard & Co. Hamburg. Joh. Neudörfer, A. Ermer,
William Willems. In Berlin, Hamburg und Frankfurt a. M.
Geim. Eisler. Kopenhagen Aug. J. Wolff & Co.

Die Verbilligung des Provinzial-Gesangbuches für Pommern.

Das königliche Konsistorium unserer Provinz hat es unternommen, in unserer Provinz ein neues Provinzial-Gesangbuch einzuführen. Unser Hauptinteresse, so schreibt es in seinem Schreiben vom 14. März d. J., muß in erster Linie darauf gerichtet sein, unserer Provinz ein gutes, billiges Gesangbuch zu verschaffen. So sehr wir das Wohlgehen der Buchbinder unserer Provinz wünschen, so sind wir doch außer Stande, uns durch Willkürnahme auf dieselben in unseren Maßnahmen beeinflussen zu lassen.

Man sieht, es legt das königl. Konsistorium auf die Beschaffung eines guten, billigen Gesangbuches einen so großen Werth, daß es sich selbst auch nicht dadurch beeinflussen läßt, wenn ein sehr großer Theil der Buchbinder Pommerns dabei zu Grunde geht.

Nun auch in andern Provinzen, in der Mark Brandenburg, in West- und Ostpreußen u. s. w. sind billige Gesangbücher eingeführt; aber überall hat es das königl. Konsistorium so gemacht, daß weder Buchdrucker noch Buchbinder dadurch geschädigt sind. In Ost- und Westpreußen können Buchdrucker das Gesangbuch drucken, sich gegenseitig Konkurrenz machen und in den verschiedenen Formaten das Gesangbuch zu billigen Preisen abgeben, so daß alle Buchbinder das Gesangbuch zu billigen Preisen verkaufen können; von Schädigen der Buchbinder, oder davon, daß ihnen das Binden von Gesangbüchern unmöglich gemacht wird, ist dort keine Spur. Ebenso kann jedes Mitglied der evangelischen Kirche sich dort jedes Gesangbuch nach seinem Geschmack kaufen und binden lassen.

Wenn wir hiermit das Verfahren des königl. Konsistoriums unserer Provinz vergleichen, so scheint mir dasselbe höchst bedenklich. Doch ich will mich jedes eigenen Urtheils enthalten; mögen die überaus zahlreichen Leser unseres Blattes selbst darüber ihr Urtheil fällen; ich meinerseits werde mich darauf beschränken, nur die Thatfachen zu berichten.

Es ist also nach dem obigen Schreiben des hiesigen königlichen Konsistoriums die Herstellung eines guten billigen Gesangbuches der Hauptzweck seines Vorgehens und sollen alle Maßregeln des königl. Konsistoriums darauf gerichtet sein, diesen Zweck zu erreichen. Prüfen wir in Bezug hierauf die einzelnen Maßnahmen des Konsistoriums.

1. Das königl. Konsistorium hat der Buchdrucker von Hesse und den alleinigen Druck, Verkauf und das alleinige Binden, bezw. Bindenlassen als ein Monopol übergeben und dafür sich, wie mir mitgetheilt ist, 250,000 Mark zahlen lassen. Das scheint mir doch ein bedenklicher Schritt zur Verbilligung des Gesangbuches. Sollte die Summe nicht genau sein, so bitte ich um Berichtigung.

2. Das königl. Konsistorium läßt sich ferner für jedes abgesetzte Gesangbuch 10 bis 40 Pfennige abgeben. Wiebeim ein merkwürdiger Schritt zur Verbilligung des Gesangbuches.

3. Das königl. Konsistorium hat sich von den Besitzern der Hesse'schen Buchdruckerei, wie mir ferner mitgetheilt ist, eine Kautions von 250,000 Mark deponiren lassen, um die Erfüllung aller Verpflichtungen sicher zu stellen. Ob dies auch zur Verbilligung des Gesangbuches gehesten sein mag, das mögen die Leser beurtheilen. Jedenfalls hat dadurch das Konsistorium die Macht, die genannte Buchdruckerei zur Innehaltung ihrer Verpflichtungen anzuhalten. Ist diese Druckerei in der Lieferung von Gesangbüchern faulig zum Schaden der evangelischen Kirche in unserer Provinz, so trifft die Schuld hierfür meiner Ansicht nach allein das Konsistorium, da dies die Druckerei durch die Kautions zur Erfüllung der Verpflichtungen anhalten kann.

Prüfen wir demnach, wie die Hesse'sche Buchdruckerei ihren Verpflichtungen nachkommt.

4. Die Hesse'sche Buchdruckerei hat sich in den Jahresberichten der Stettiner Kaufmannschaft gerühmt, die bedeutendste Buchdruckerei Stettins und Pommerns zu sein; wir haben dazu geschwiegen. Setzt jetzt sie, was sie leisten kann. Die erste Auflage vom 15. März d. J. betrug 10,000 Exemplare und vertheilte sich auf 14 bis 30 Arten von Bänden, im Mittel kamen also auf jede Art von Bänden nur 300 bis 700 Exemplare. Die meisten Bände waren daher in kaum vierzehn Tagen vergriffen und nun war die Provinz 3 1/2 Monate ohne das Gesangbuch. Zum 1. Juli, also nach 3 1/2 Monaten, erschienen wieder 10,000 Exemplare, welche in etwa 14 Tagen vergriffen waren. Die dritte Auflage von 10,000 Exemplaren soll 4 1/2 Monate später, d. h. Mitte November erscheinen. Jedenfalls hat doch die Hesse'sche Druckerei gethan, was sie konnte, und doch ist es ihr in 8 Monaten, von Mitte März bis Mitte November, nicht möglich gewesen, mehr als 20,000 Exemplare des Provinzial-Gesangbuches zu 41 Bogen kleinen Formats zu liefern. Aber, wenn sie so dürftig bestellt war, warum schaffte sie denn nicht neue Schnellpressen an. Wir würden ihr die 20,000 Exemplare in 3 1/2 Wochen, d. h. in ein Zehntel der Zeit, geliefert haben, wenn sie sich an uns gewandt hätte.

5. In der langen Zeit vom 15. März bis 15. November, d. h. in 246 Tagen, sind nur etwa 30 Tage lang die Gesangbücher zu haben gewesen, in 216 Tagen, d. h. in 7 Monaten, sind keine oder doch nicht die geforderten Gesangbücher vorrätig gewesen. Weder zu den Konfirmationen, noch zu den Trauungen, noch zu den sonntäglichen Gottesdiensten. Und das alles hat das königl. Konsistorium unserer Provinz trotz zahlreicher Beschwerden zum großen Schaden unserer Kirche mitangehen und ohne einzuschreiten gehesten lassen. Wie verhält sich das mit dem Aufschubrecht über die Kirche. Wäre das Konsistorium, wie es meiner Ansicht nach gehesten müßte, eingeschritten, so war dem Uebel in einem Monate abgeholfen.

6. Alle Gesangbücher sollen von Hesse'schen Buchdruckerei gebunden geliefert werden. Wer dieselbe hat ja gar keine Buchbinder, oder doch nur eine ganz ungenügende; sie läßt daher in Leipzig bezw. in Stargard binden und ist gar nicht im Stande, prompt die Hunderte verschiedener Bände liefern zu können, welche gewünscht werden.

7. Dies führt uns auf einen neuen Uebel-

stand. Es ist die schöne Sitte in Pommern, daß jedem Konfirmanden zur Einsegnung, jeder Braut zur Verlobung ein schön gebundenes Gesangbuch nach ihrer Wahl mit einem von ihr gewünschten Spruche geschenkt werde. Nun mag ja der Band, den das Konsistorium vorschreibt, ganz dem Geschmacke der Herren Konfirmanden entsprechen, ob er aber dem Geschmacke der Jugend und überdies den verschiedenen Geschmackrichtungen derselben entsprechen wird, das werden, glaube ich, alle Unbefangenen mit mir bezweifeln.

Die Hesse'sche Buchdruckerei selbst tritt diesem Zweifel bei, sie läßt für diesen Zweck besondere Einbände machen, nimmt aber doppelt soviel dafür, wie jeder Buchbinder bisher genommen hat. Das ist wieder ein merkwürdiger Schritt, um die Verbilligung der Gesangbücher herbeizuführen.

8. Zu diesen Uebeln kommt nun noch, daß Hesse'sche Buchdruckerei auch ganz fehlerhafte, unbrauchbare Gesangbücher sendet und sie dann nicht zurücknehmen will. In meinem Geschäftsfeld kam jeder solche miserabel, durch den Text geschnittenen bez. mit einem Nagel durchbohrten Bände sehen.

9. Dem königl. Konsistorium sind alle diese Uebelstände von vielen Seiten vorgebracht; dasselbe ist wiederholt auf die großen Gefahren, welche der Kirche dadurch drohen, aufmerksam gemacht worden. Allein alles vergeblich. Das königl. Konsistorium hat die Macht, allen diesen Uebeln abzuhelfen: Es hat die Kautions in den Händen, um die Hesse'sche Buchdruckerei zu zwingen, ihren Verpflichtungen nachzukommen, sowie um alle Uebel von der evangelischen Kirche abzuwenden; aber bis jetzt vermissen wir die Benutzung dieser Macht.

Ich habe hiermit die großen Uebelstände aufgeführt, welche bei der Herausgabe des pommerschen Provinzial-Gesangbuches herrschen und komme nun zu Beantwortung der Frage: Wie kann diesen großen Uebelständen abgeholfen werden.

Die Hesse'sche Buchdruckerei ist mit Schnellpressen soweit eingerichtet, daß ihr eine rechtzeitige Lieferung von Provinzial-Gesangbüchern nicht schwer fallen kann. Nur der zweifelhafte Leistung dieses Geschäftes ist es unserer Ansicht nach zuzuschreiben, wenn die bisherigen Leistungen so überaus dürftig waren. Nur dieser fehlerhaften Leistung ist es meiner Ansicht nach zuzuschreiben, wenn vom Provinzial-Gesangbuch in acht Monaten mit 210 Arbeitstagen nicht mehr als 20,000 Gesangbücher von 41 Bogen, d. h. täglich nur knapp 4000 Bogen geliefert werden konnte. Dabei verbindet diese Leistung mit dieser erstaunlichen Leistungsfähigkeit mit einer nicht minder erstaunlichen Grobheit und Ungeschicklichkeit der Art, daß sie Dutzende von Bänden, die zum Umlinden abgeben, dem wird kein Buch weiter verkauft, und damit selbst offen ausgesprochen, daß die von Hesse und Co. gelieferten Bände so schlecht bez. so geschmacklos sein werden, daß viele Buchbinder sich schämen, solche schlechte Waare zu verkaufen und sie lieber auf ihre Kosten umbinden. Wenn die Besitzer der Hesse'schen Buchdruckerei dieser Leistung die Expedition der Gesangbücher abnehmen, wenn sie zu den Gesangbüchern gutes Papier und nicht zu dem Wellpappe-Gesangbuch unbrauchbares Papier von Holzstoff nehmen, dann ist die Hesse'sche Buchdruckerei wohl befähigt, gute Gesangbücher in hinreichender Zahl zu drucken und in erforderlicher Zahl vorrätig zu halten. Dann bedarf es nur, daß das königl. Konsistorium, dem durch die Kautions das Recht und nach den bisherigen Vorgängen auch im Interesse der Kirche die Pflicht obliegt, für genügenden Vorrath der Gesangbücher zu sorgen, von Zeit zu Zeit und namentlich wenn Klagen eintreffen, den Vorrath an Gesangbüchern revidirt, und den berechtigten Klagen abhilft. Unter diesen Bedingungen kann die Hesse'sche Buchdruckerei den Druck des Provinzial-Gesangbuches wohl behalten. Dagegen ist es meiner Ansicht nach ein grober Unfug, wenn diese Buchdruckerei auch das Binden aller Provinzial-Gesangbücher behalten soll und kein ungebundenes Buch soll abgeben dürfen. Die genannte Buchdruckerei hat gar keine Buchbinder für diesen Zweck, sie läßt ansehnlich binden und ist gar nicht im Stande, jederzeit jedem Abnehmer die Bücher in dem Bunde zu liefern, welchen er wünscht. Die jetzige Einrichtung, wo jeder Abnehmer sich den gerade vorrätigen Einband soll nehmen müssen, wo niemand den Einband bekommen kann, den er wünscht, ist eine schlechthin untragbare. Es wäre dasselbe, als sollten alle Männer und Frauen in Pommern die Tracht ansetzen, welche ein Herr Konfirmand als die passendste betrachtet. Möge der Hesse'schen Buchdruckerei meinestwegen die Verpflichtung auferlegt werden, die vom Konsistorium vorgeschriebenen Bände zu billigen Preisen vorrätig zu halten. Jedenfalls aber muß jeder evang. Christ die Freiheit haben, sich den Einband zu schaffen und zu erwählen, welchen er will. Das Monopol der Hesse'schen Druckerei für schlechte und geschmacklose, bezw. bei feinen Einbänden für doppelt so theure Bände, als sie sonst zu haben sind, darf unmöglich beibehalten werden.

R. Graumann.

Deutschland.

□ Berlin, 13. Oktober. Der Beitritt Deutschlands zur internationalen Union für den Schutz des geistlichen Eigentums wird anlässlich des Beschlusses, welchen die in Berlin gestern und heute stattgehabte deutsch-österreichische Gewerbe-Konferenz gefaßt hat, in der Öffentlichkeit wieder eifrig erörtert werden. Es darf deshalb bemerkt werden, daß Deutschland niemals einen grundsätzlichen ablehnenden Standpunkt der Union gegenüber eingenommen hat, was ja auch schon daraus hervorgeht, daß es zu den Unions-Konferenzen besondere Bevollmächtigte sowohl nach Rom als nach Madrid entsandt hatte. Wenn es bisher der Union nicht beigetreten ist, so waren dafür Zweckmäßigkeitsgründe, die auch wohl nicht immer bloß aus wirtschaftlichem Gebiete lagen, maßgebend. Auch der Absicht von Sonderverträgen, wie er mit Österreich-Ungarn, Italien und der Schweiz bezüglich des Patents, Marken- und Musterrechtes und mit Serbien bezüglich des Marken- und Musterrechtes erfolgt ist, beweist nichts dagegen, daß der Beitritt zu der Union als eine eventuelle Möglichkeit im Auge behalten wurde. Daß Deutschland von

diesen Sonderverträgen Vortheile gehabt hat, wird nicht bestritten werden können. Ebenso ist es zweifellos, daß das Fernbleiben Deutschlands von der Union für das heimische Gewerbeleben Nachteile im Gefolge hat. Es braucht nur daran erinnert zu werden, daß in Frankreich bei der Einführung patentirter Gegenstände aus Nicht-Unionsländern das Patent erlischt und daß Schweden deutsche Wortzeichen im Gegensatz zu solchen aus Unionsstaaten nicht schützt. Ueber die Sachlage ist also ein Zweifel nicht möglich. Fraglich bleibt nur, ob sich die Verhältnisse inzwischen so geändert haben, daß ein Beitritt Deutschlands zur Union für das heimische Gewerbeleben von Nutzen ist. Hierüber kann nicht das Vorgehen anderer Staaten entscheiden, also nicht der Hinweis darauf, daß Österreich und Rußland eventuell geneigt sein werden, den Anschluß an die Union demnächst zu vollziehen, sondern lediglich die Abwägung der für die heimischen Verhältnisse in Betracht kommenden Momente. Daß in dieser Beziehung manches nicht so ist, wie es von dem deutschen Standpunkt aus gewöhnlich werden muß, wird auch von den Freunden des Anschlusses zugegeben. Vielleicht werden hier aber durch die bevorstehende Unionskonferenz, die ja wohl für das nächste Jahr in Brüssel geplant wird, Änderungen vorgebracht. Jedenfalls wird auch in Deutschland seitens der zuständigen Behörden Stellen der Frage des Anschlusses an die Union stets Aufmerksamkeit zugewendet, und die neu aufgetretenen Momente sind zum Anlaß von Erwägungen über die Zweckmäßigkeit des Anschlusses genommen.

Ueber die Truppenreue in Chalons schrieb am 9. Oktober der „Ausführliche Invaliden“: „Heute, am 27. September (a. St.) wird die französische Armee die hohe Ehre haben, sich vor Seiner Majestät zu präsentieren. Auf dem großen Marsfeld im Lager von Chalons ist eine Armee von 100,000 Mann unter dem Oberbefehl des Generals Sautter, dem der Befehl über alle französischen Landtruppen in Kriegszustand übertragen ist, versammelt; ein glänzendes militärisches Schauspiel wird die großartigen Feiern sein, welche während des Aufenthalts Ihrer Majestät in Frankreich veranstaltet worden sind, würdig beschließen. Der Stolz Frankreichs, der Gegenstand seiner unabhängigen Fürsorge und ungeheurer Kosten, welche Millionen erreichen, befindet sich gegenwärtig vollständig auf der Höhe seiner Aufgabe. Die militärische Wieder- geburt eines großen Landes, welches graunasse Schicksalsschläge mühsig ertragen hat, ist eine Thatfache geworden. Die Bataillone, welche vor dem obersten Kriegsherrn der russischen Armee defiliren, sind die Vertreter einer bewaffneten Macht, wie sie Frankreich noch niemals gesehen hat. Die Anzahl der Theilnehmer des Landes besteht aus über 4,000,000 kriegstüchtigen Leuten. Die militärische Macht Frankreichs gründet sich nicht allein auf das Vorhandensein solchsten Kriegsmaterials. Man hat die größten Anstrengungen gemacht, um die Armee zu belehren und zu erziehen, in den einzelnen Armeetheilen das nöthige Zusammenwirken zu erzielen, sie mit den zeitgemäßen Bedingungen des Kampfes bekannt zu machen und in der Armee den kriegerischen Geist zu entwickeln und zu kräftigen. Diese Ziele sind in hohem Maße erreicht worden. Die französische Armee ist ein einheitliches, von Patriotismus durchdrungenes, ausdauerndes, gehorames, selbstbewusstes und stielsgewisses Ganzes.“

Der „Invaliden“ hätte noch beifügen können: „Und jetzt bildet sie einen Bestandtheil der Armee des Jaren.“

Die Vertreter des japanischen Verkehrsministeriums, Generalpostdirektor Kensei Den und Ministerialrath und Geheimsekretär Dr. Takekichi Matsumura, haben mit ihrem Begleiter, Attache Kenji Tanaka heute früh die deutsche Reichshauptstadt verlassen, um sich zunächst nach Holland zu begeben. Die Herren sind von dem bisherigen Ergebnis ihrer Europa-reise, besonders mit ihren Erfolgen auf dem letzten internationalen Kongreß für Telegraphie in Väst sehr befriedigt. Wie die „Post, Tel.“ nachträglich erfährt, hatte Generalpostdirektor Den beim Kongreß im Auftrage seiner Regierung 18 Wünsche vorgebracht, die ohne Ausnahme und ohne Schwierigkeit gutgeheißen wurden. Einer von den Wünschen betraf die Fortkänge bei Drahtnachrichten, die bisher im Verkehr von Europa nach Japan 15 Buchstaben, im Verkehr von Japan nach Europa aber nur 10 Buchstaben für ein Wort betrug. Der Kongreß billigte die Forderung, daß auch für Japan 15 Buchstaben zugelassen werden sollten, und die Große Nordische Telegraphengesellschaft in Kopenhagen, der auch die Kabelverbindungen zwischen Japan und dem Festlande gehören, gab ihre Zustimmung.

Der neue Chef des Stabes des Oberkommandos der Marine, Konteradmiral Baranow, war etwa ein Jahr Inspektor der 1. Marine-Inspektion, vormals Chef der 2. Division des Manöverbereiches, und noch früher Inspektor des Torpedowesens. Baranow ist am 10. Juli 1868 Unterleutnant geworden, nach 11 Jahren rückte er bereits zum Lieutenant zur See auf; zum Kapitänleutnant avancirte er am 17. Februar 1874. Am 15. April 1880 wurde er Korvettenkapitän, am 14. Mai 1887 Kapitän zur See. Konteradmiral ist er seit dem 27. Januar 1894. Unter den Orden, welche der neue Chef des Stabes des Oberkommandos besitzt, befindet sich auch die Rettungsmedaille am Bande.

Im österreichischen Abgeordnetenhaus hat gestern eine größere Militärsdebatte stattgefunden. Bei der Verathung des Gesetzes betreffend das Rekrutenkontingent erklärte der Landes- verteidigungsminister Graf v. Belcredi, er erkenne die Nothwendigkeit der Berücksichtigung der Wünsche der landwirtschaftlichen Kreise in Betreff der Erfüllung der Militärdienstpflicht an. Die Unmöglichkeit, weitgehenden Wünschen Rechnung zu tragen, liege in den allgemeinen Verhältnissen, da die Friedensstellung in Österreich schon jetzt weniger weitgehend sei als in anderen Ländern. Gegenüber der Frage wegen nicht ge- fährlicher Bedienung der nicht deutschen Sprachen versicherte der Minister, daß die Militärverwaltung die Zurückführung irgend einer Sprache nicht binden werde, sondern Achtung vor allen Sprachen und Nationalitäten als Prinzip befolge. Jeder Offizier müsse außer der Armeesprache eine andere nationale Sprache erlernen. Auf politischem

Gebiete sei der Kampf der Nationalitäten unvermeidlich, auf militärischem dürfe er nicht Platz greifen. Der Politik sei in der Armee kein Raum gegeben, und sie dürfe auch nicht von außen hineingetragen werden. Die Armee stehe auch wirklich der aktuellen Politik fern.

Der Minister besprach sodann die Militärlasten und erklärte, es sei unmöglich, hinter den immer weitergehenden Missionen der anderen Staaten zurückzubleiben. Der Minister schloß: Es wäre für die Armee nur zu wünschen, daß sie nur bei ihrer Auf- gabe bleibe, welche darin bestehe, eine Vor- sorge zu treffen für die unabhängige Existenz des Staates sowie dafür, daß wir wünschenswerthe Freunde und nicht wünschenswerthe Gegner werden, und daß unter allen Umständen eine Macht im Staate bestehe, welche es ausreicht, daß auf unglückliche oder geistwidrige Weise Fragen ge- stellt werden, sondern daß stets die Stimme des Rechts und der Vernunft zur Geltung gelange.“ (Beifall.)

Das Rekrutenkontingentgesetz wird sodann in zweiter und dritter Lesung angenommen. Mehrere Resolutionen, darunter eine Resolution des Abgeordneten Vorzard, welche die Regierung auf- forderte, wegen Einsetzung internationaler Schieds- gerichte mit anderen Mächten in Fühlung zu treten, wurden dem Beirathsschuß überwiesen.

Der 21. brandenburgische Städtetag, der in Forst tagt, hat folgenden Antrag angenom- men: „Das in neuerer Zeit hervortretende Ver- streuen der Reichspräsidenten, fast allen in städti- schen Verwaltungen beschäftigten Beamten ohne Rücksicht auf die Größe und die Leistungsfähig- keit der einzelnen Gemeinde eine lebenslängliche Anstellung mit der Maßgabe zuzuerkennen, daß entlassene Beamte berechtigt sind, noch nach Jahren die Nachzahlung sämtlicher Gehaltsbe- züge seit der Entlassung ohne Anrechnung ihres anderweitigen Erwerbes in der Zwischenzeit zu beanspruchen, hält der brandenburgische Städtetag mit der Sicherheit der Gemeindeverwaltung nicht mehr vereinbar und ersucht deshalb eine authentische Deklaration der §§ 56 Ziffer 6 und 64 der Städteordnung vom 30. Mai 1853 für unentbehrlich.“

Thorn, 13. Oktober. Aus Tilsit wird be- richtet: Für die Remuall eines Herrenhausmit- gliedes für den Landstabsbezirk Litthauen an Stelle des verstorbenen Mitternachtsbesizers von Dreher-Schreilaugen hat eine Versammlung von Wahlberechtigten Herrn von Dreher-Wiltsch- ken als Kandidaten aufgestellt, während die Gegenpartei für Herrn von Sanden-Laputischen eintritt.

Wiesbaden, 13. Oktober. Der russische Konsulnminister Woronow-Dachnow ist nach Berlin abgereist. An den Vorstand der hiesigen Kriegervereine ist die telegraphische Mitteilung gelangt, daß Se. Majestät der deutsche Kaiser den ihm an- gebotenen Fidejussio ablehnen müsse, da er wünsche, daß der private Charakter des Besuchs des Kaiserpaars in Wiesbaden gewahrt bleibe.

Suttgart, 13. Oktober. Der Staats- anzeiger für Württemberg kündigt die Konversion von 315 Millionen 4 Prozentiger Staatsanleihe in 3 1/2 Prozentige an, wovon aber die Emissionsfonds nicht betroffen werden. Eine weitere Herab- setzung des Zinsfußes soll in den nächsten zehn Jahren nicht stattfinden.

Oesterreich-Ungarn.

Am 13. Oktober d. J. wurde in Wien eine Wahl- bewegung, welche gegenwärtig in Ungarn alles be- herrscht, ist in Väst ein politisches Buch erschie- nen, das sich in gründlicher Weise mit dem staatsrechtlichen Ausgange vom Jahre 1867 be- faßt. Das Werk hat den Sohn eines der Mit- schöpfer eben dieses Ausganges zum Verfasser. Graf Julius Andrássy, gewesener Minister a. latere, hat sich mit diesem Buche in die erste Reihe der politischen Autoren seines Vaterlandes gestellt. Die ungarischen Blätter sind ohne Unterlaß der Partei voll der Anerkennung über das Werk, das auch ohne Rücksicht auf die Person und Abstammung des Verfassers hohen und bleibenden Werth besitzt. Man betrachtet es als eine vollständige politische That, der gerade angesichts des bevorstehenden Wahl- kampfes, in welchem dieselbe mit staatsrechtlichen Schlagworten gearbeitet werden wird, tiefgehende aktuelle Bedeutung zukommt. Das Buch führt den Nachweis, daß Ungarn, um sich als nationales Staatswesen zu erhalten, eines permanenten Bündnisses bedarf und zwar speziell jenes mit Österreich, mit dem es die geschichtliche Tradition und die bleibende Nothwendigkeit innig verbindet. Der Verfasser beweist, daß der österreichisch-ungarische Dualismus keineswegs den nationalen Anforderungen Ungarns zuwider läuft, sondern vielmehr einen wirklich nationalen Charakter besitzt, ja ein Stück nationaler Erbschaft bildet, während die sogenannte Unab- hängigkeitsidee ein Antipodum der Gegenwart ohne geschichtliche Basis darstellt. Der Verfasser unterzieht demgemäß das staatsrechtliche Programm der linksradikalen Unabhängigkeitspartei einer ver- nichtenden Kritik. Er führt aus, daß sich heute die Politik der Dualität mit den Interessen Ungarns deckt und daß daher die jetzige Ordnung der Dinge innerhalb der Monarchie als ein Defini- tivum anzusehen ist. Fast die Hälfte des Buches befaßt sich dann mit der Nationalpartei, jenem Mittelglied zwischen der ausgleichstreuen Rechte und der sogenannten staatsrechtlichen Opposition. Der Bestand der Nationalpartei als solcher sei dem Ausgleichswerte gefährlich, weil er den staatsrechtlich extremen Belieben das Wasser auf die Mühle treibt; die sogenannte nationale Bewegung könne nicht dort stehen bleiben, wo ihr der Führer, Graf Apponyi, vielleicht Still- stand gebieten möchte, sondern müsse früher oder später die Grenzen der dualistischen Verfassung durchbrechen. Bei Besprechung der vom Grafen Apponyi immer wieder in den Vordergrund gehobenen heerepolitischen Fragen tritt Graf Andrássy überzeugend für die Be- haltung des Deutschen als Armeesprache ein: wenn das Prinzip der sprachlichen Einheitlichkeit einmal verletzt würde, so müßte das österreichisch- ungarische Meer zu einem wahren babylonischen Wirrwarr werden. Trotz der scharfen Zurück- weisung, welche der Verfasser einem Theile der Apponyi'schen Aspirationen zu Theil werden läßt, kommt er dennoch zu dem Schluß, daß das Programm der Nationalpartei kann etwas ent- hält, was im Rahmen der gouvernementalen Ausgleichspolitik nicht durchführbar wäre, und

tritt daher für die Vereinigung der Ausgleichs- parteien ein. Die Ansichten des Verfassers, der selbst ein hervorragendes Mitglied der Regie- rungspartei ist, deuten sich in allen Punkten mit denen der liberalen Majorität. Auch die Schluß- folgerung des Werkes, die Nothwendigkeit einer Fusionierung der staatsrechtlichen Parteien, bildet die Ueberzeugung aller maß- gebenden liberalen Politiker. Die wiederholte, ganz intransigente regierungsfremde Stellung- nahme der Nationalpartei, insbesondere ihr mit allen extremen Nüchternen liebendes Auf- treten in dem beginnenden Wahlkampfe haben übrigens jedes derartige Bestreben vorläufig illusorisch gemacht. Und nach den Wahlen dürfte die Fusion obendrein keine Nothwendigkeit mehr bilden, denn die Nationalpartei hat ihren Boden im Volke verloren und ist auf dem besten Wege, bis auf ein kleines Häuflein erbögig aufgerieben zu werden.

Schweiz.

Ueber die Herstellung einer Bahn nach dem Gipfel der Jungfrau, mit deren Bauausführung kirchlich begonnen worden ist, theilt das „Archiv für Post und Telegraphie“ interessante Einzel- heiten mit: Die Bahn geht von Interlaken aus über Lauterbrunnen bis zur Bergstation am Fuße des Eiger, den sie in einem aufsteigenden Tunnel durchbohrt, um oberhalb von Grindel- wald in einer Gallerie wieder zu Tage zu treten. Die Hauptstation soll auf dem obersten Münds- joch im Hochgebirge eingerichtet werden, wo eine Anzahl von Wohnräumen unmittelbar aus dem Felsen herausgehauen und eingerichtet werden wird. Den Gipfel der Jungfrau selbst wird man durch einen Aufzug erreichen. Die Bahn soll elektrisch betrieben werden. Sie erhält 1 Me- ter Spurweite, 25 Prozent Maximalsteigung und Kurven von 100 Meter Minimalradius. Um die nöthige elektrische Kraft zu gewinnen, will man die Wasserkraft der weißen und schwarzen Lüt- schine bei Lauterbrunnen und Burglauen aus- nutzen, über welche der Konzeßionär des kühnen Unternehmens, Guyer Zeller, verfügt. Das in Aussicht genommene elektrische Betriebssystem besteht aus Zahnrädern und oberirdischer Strom- zuleitung und weist gegenüber dem Dampftrieb auf Zahnradbahnen folgende wesentliche Vor- theile auf: günstigeres Verhältnis zwischen Aus- last und toter Last, ruhigere und raschere Fahrt, sicherer Zahngriff in Folge der ruhigen Uebertragung der Zugkräfte auf die Räder der Fahrgäste, wenige kostspielige Unterhaltung der letzten und niedrigeren Kosten des Fahrdienstes. Es liegt in der Absicht, die Bahn sektionsweise zu bauen und in Betrieb zu nehmen. Der große Tunnel beginnt 504 Meter hinter der Station Eigergletscher, von wo ab die ganze Bahn im Tunnel läuft. Die Bohrung des letzteren geschieht ebenfalls unter Verwendung elektrischer Kraft; die Arbeiten sollen von verschiedenen Angriffspunkten aus erfolgen und sich in Tag- und Nacht- schichten möglichst auf das ganze Jahr erstrecken. An der Bahn werden folgende Stationen errichtet: Kleine Scheidegg, Eigergletscher, Grindelwald, Grindlhorn (Eigerstation), Mündsjoeh, Mettsch-Guggi (Jungfrau-Station) und Fuß des Aufzuges zum Jungfraujoch. Die Länge der Strecke beträgt 12,260 Meter, und der Endpunkt der Bahn be- findet sich in 4093 Meter Meereshöhe, während der Jungfraujoch selbst 4166 Meter über dem Meer liegt. Die Anlagekosten belaufen sich auf 10 Millionen Franken, wovon über die Hälfte, näm- lich 5,57 Millionen Franken, auf den Unterbau kommen. Das Bahndilometer einschließlich des Aufzuges auf den Jungfraujoch werden 760,000 Franken entfallen. Als Grundlage für die Ertragsberechnung ist angenommen, daß jähr- lich 20,000 Reisende bis zum Eigergletscher, 2500 bis Grindelwald, 2000 bis zur Eiger- station, 4000 bis zum Mündsjoeh, 5000 bis zum Jungfraujoch und 10,000 Personen auf dem Jungfraujoch fahren werden; dafür ergeben sich an reinen Betriebskosten 150,000 Franken. Da ferner die Einlagen in Erneuerungs- und Reserve- fonds auf 60,000 Franken angenommen sind, so würden sich die jährlichen Gesamtansgaben auf 210,000 Franken stellen, während man die Ein- nahmen auf 722,000 Franken berechnet hat. Bei- laufig sei bemerkt, daß die Fahrt bis zum Jung- fraujoch 45 Franken kosten wird.

Frankreich.

Der offizielle „Temps“ beantwortet die An- frage des sozialistischen Deputierten Jaures, er werde den Minister des Auswärtigen vor die Frage stellen, giebt es eine Allianz mit Rußland oder nicht, in einem Artikel, aus dem man, wenn man ihn genauer liest, leicht ein Bild von dem wirklichen Stande der Dinge gewinnt. Der offizielle Blatt sagt: Ist das eine überlegte und patriotische Politik, sich das zweideutige Ver- gnügen zu machen, die Regierung anzufragen, entweder nichts von Rußland erlangt zu haben, falls sie schwicht, oder die Zukunft Frankreichs ohne Wissen der Kammer engagirt zu haben, falls sie augeht, daß ein Allianzvertrag abge- schlossen ist? Giebt es bei diplomatischen Fragen nur ein „Alles oder Nichts“? Verlangen ein Afford und engere Bande, welche zwischen Völkern geknüpft werden, nicht Zeit, und stellen sie nicht mehr oder minder eine ideale Entwic- klung dar? Hat J. A. Mikolans II. nicht selbst vor einem im Jahre 1891 gefaßten Samenform gesprochen? Hat man nicht diesem Samenform Zeit geben müssen, aufzuwachen und Früchte zu tragen? Und wer kann sagen, daß diese Ent- wicklung heute beendet, und daß nicht noch andere Früchte im Heranreifen sind, deren völliges Reifen eine vorzeitige Indiskretion verhindern könnte?

Paris, 13. Oktober. Die radikalen Blätter verlangen die Veröffentlichung des russisch- französischen Vertrages. Mikolans kündigt an, die Sozialisten würden über den russisch-franzö- sischen Vertrag Aufklärung verlangen, welche die Regierung nicht verweigern könne. Auf Ver- langen erklärte Mikolans, er glaube nicht, daß der Kaiser von Rußland gekommen ist, um Frankreich beim Wiedererwerb von Elsaß-Loth- ringen zu helfen; aber vielleicht sei die Ver- öffentlichung dieses Traumes dennoch eine der fernliegenden, unvorhergesehenen Folgen dieses Beschlusses.

England.

London, 13. Oktober. Die „Times“ und „Daily News“ geben übereinstimmend dem Ge- danken Ausdruck, es liege keine dringende Noth-

